



Keine Gasbohrungen im Trinkwasserschutzgebiet Siegelsum – Widerstand unterstützen

Posted on 4. November 2019 by Dirk Finkeldey

Der Vorstand des Kreisverbandes der Grünen und die Grüne Kreistagsfraktion im Landkreis Aurich unterstützen den Aufruf der BI gegen Bohrungen in Süd-/Brookmerland und rufen dazu auf, die am 8.11.2019 um 12.00 Uhr stattfindende Veranstaltung an der alten Bohrstelle Z1 in Engerhufe zahlreich zu besuchen. Teilnehmer*innen der Veranstaltung sind Staatssekretär Doods aus Hannover, Landespolitiker*innen, Dr. Puchert und weitere Vertreter des Landkreises sowie Bürgermeister Süßen.

Der Kreisvorstand fordert daher alle Kommunen im Landkreis Aurich auf, sich dem Protest anzuschließen, da auch sie laut OOWV Trinkwasser aus Siegelsum beziehen und von den Risiken genauso betroffen sind.

Die Wiedereröffnung der alten Bohrstelle Z 21 ist aus Sicht der Grünen und vielen Bürger*innen angesichts der damit verbundenen Gefahren für den Trinkwasserschutz ein unkalkulierbares Risiko für die Gesundheit der Menschen im Landkreis Aurich und umweltpolitisch ein Affront gegen die Klimabewegung, sagt Dirk Finkeldey, stellvertretender Sprecher der Grünen im Kreisverband. „Die Grünen in Bund und Land haben sich bereits seit 2016 eindeutig zum Verbot von Fracking positioniert.“

Die Landesregierung hingegen preist Wasser als unser wichtigstes Nahrungsmittel mit den höchsten Schutzstandards an, scheut sich aber Fakten zu schaffen und lässt dafür seit über einem Jahr einen Arbeitskreis tagen, der nicht zu einem Ergebnis kommt.“ Dabei gäbe es fast wöchentlich Meldungen über Leckagen auf Bohrstellen, die zum Teil mit veralteter Technik arbeiten und Umweltschäden verursachen. Während die Landesregierung auf dem Weg ist, in der Landwirtschaft die richtigen Weichen zu stellen, scheue sie sich, der Industrie Grenzen aufzuzeigen und

subventioniere diese Aktivitäten noch über günstige Wassergebühren, so Finkeldey weiter.

Die Kreistagsfraktion hat bereits seit 2017 dazu Anträge und Anfragen verfasst, die sich kritisch mit dem bislang intransparenten Verfahren auseinandersetzen, bei dem die Risiken für das Trinkwasser aus Sicht der Grünen verharmlost und weggewogen werden. Obwohl vom Landkreis in seinen Stellungnahmen die Sorgen durchaus geteilt würden, setze das Verwaltungsrecht aber enge Grenzen, führt Gila Altmann, Fraktionsvorsitzende der Kreistagsgrünen aus. Umso wichtiger sei der politische Widerstand vor Ort. Allerdings reiche das aus Sicht der Grünen nicht aus, da der gesamte Landkreis betroffen sei.